

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerkosten monatlich 60 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und
Ostereich-Ländern M. 3.—. Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3466.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Julestete und
10 Pf. Späterens 1/10 Uhr teils in der Expedition abgeben und sind im
Vorwärts zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 161.

Dresden, Sonnabend den 15. Juli 1911.

22. Jahrg.

Heydebrand, Kirdorf a. Ko.

Wir haben gestern bereits unsern Lesern von einer
Akte des Hansabundführers Kießer in Dortmund Kenntnis
gegeben, in der Kießer darauf hinweist, daß zwischen den
Gewerkschaften und Vertretern der westlichen Großindustrie
Abmachungen über die zukünftige Gestaltung der Schutzzölle,
der Industriellen sowohl, wie der agrarischen, bestanden.

Jetzt ist das Berliner Tageblatt in der Lage mitzuteilen,
daß Herr v. Heydebrand persönlich auf konservativer Seite
mit Wissen der Parteileitung die Verhandlungen geführt,
beziehungswiese geleitet hat. Welches Ziel die Verhandlungen
hatten, so bemerkt das Berliner Tageblatt weiter, kann man
aus der letzten Wochenschau der Kreuzzeitung erfahren, die
stillschweigend für die industriellen Schutzzölle, die bei den nächsten
Sindikatverträgen (soll wohl heißen Handelsverträgen) eine
sehr eingehende Rücksicht und zum Teil einer Erhöhung
dringend bedürftig, ein großes Maß von Liebe übrig hat.
Soll werden sich nun auch die Organe der Großindustrie für
den „industrialen Zolltarif“ des Bundes der Landwirte vor-
herbereiten zu begeistern anfangen, und dann kann der neue
Kreuzzug auf die Lasten aller Konsumenten losgehen!

Schwer liegt das deutsche Volk unter der Last der
Kreuzung, die einerseits durch die volksfeindliche Zollpolitik
des Reiches, andererseits durch die rücksichtslose Ausnutzung
der Monopolstellung der großindustriellen Syndikate hervor-
gerufen worden ist.

Aber die Herren, die es sowieso verstanden haben, sich
das deutsche Volk tributpflichtig zu machen, sie sind noch
immer nicht zufrieden. In ihrer Unersättlichkeit wollen sie noch
mehr aus dem deutschen Volke herauspressen. Kraut- und
Schilddrüsen tun sich zusammen, um einen neuen Kreuzzug
auf das deutsche Volk loszulassen zu unternehmen.

Genau wie die Grundbesitzer haben auch die Syndikats-
herren ein Monopol; teils schon dadurch, daß sie fast allein über
die Hauptquellen der Rohstoffe verfügen, die die Grundbesitzer
der nationalen Produktion bilden, dann aber stellen die in
unseren Kupfen- und Eisenindustrien zusammengefaßten
Riesensyndikate eine so gewaltige wirtschaftliche Macht
dar, daß niemand den Wettkampf gegen sie aufzunehmen
mag, weil er fürchten muß, von der gewaltigen Riesensyndikats-
ermahnung geschmettert zu werden.

Eine Konkurrenz aus dem Inlande haben diese Industrie-
herren eben wenig zu fürchten wie die Landwirte, solange
die inländische Produktion zur Deckung des Bedarfs nicht aus-
reicht. Deswegen sind auch sie genau wie die Agrarier von
dem besten Wunsch besetzt, daß eine hohe Zollmauer sie vor
der Einführung ihrer gemeingefährlichen Volkswirtschaften
bewahren möge.

Dort, wo freie Konkurrenz herrscht, können die schlimmsten
Folgen des Schutzzolls unter Umständen dadurch beseitigt
werden, daß durch die Konkurrenz der inländischen Unternehm-
er die Preise wieder auf die Höhe herabgedrückt werden, die sie
auch hätten, wenn die Schutzzölle nicht beständen. Wo aber
in einem Produktionsgebiet ein Monopol vorhanden ist, haben
die Unternehmungen nichts zu fürchten als die ausländische
Konkurrenz. Sind sie davor sicher, dann können sie die Preise
ihrer Produkte im Inlande immer mehr und mehr empor-
treiben. Sind infolge der Preissteigerung der Absatz im
Inlande, dann machen sich die patriotischen Herren von der
Großindustrie kein Gewissen daraus, nach dem Aus-
land ihre überflüssigen Produkte billig abzugeben.
Ob dadurch die weiter verarbeitenden Industrien geschädigt
werden, weil sie mit der ausländischen Industrie, die mit
ihnen, darunter tragen die Herren nicht, nicht mehr konkurrieren
müssen, darüber brauchen sie sich nicht zu kümmern. Wenn
dabei Tausende deutscher Arbeiter brotlos werden, so sieht sie das nicht an.
Was den Agrariern haben die Monopolherren aus der Industrie
zu sagen, daß sie neben dem üblichen Kapitalprofit
noch eine besondere Rente beziehen. Weder dem einen noch
dem anderen ist diese Rente, die ihnen aus dem Ertrage der
heiligen Arbeit des Volkes fließt, ohne daß sie selbst auch
ein Pfennig trümmen zu machen brauchen, je hoch genug.
Im Dienste der Erhöhung der Rente soll das Bündnis
von der Kirdorf, Heydebrand und Genossen auf der
eine Seite des deutschen Volkes sollen noch mehr darben,
der Grundbesitzer Ostelbien und der Industriegewaltigen des
Westens ergötzt. Das deutsche Volk ist gewarnt. Seine
Wahlen den Herren ein dicker Streich durch ihre Rechnung ge-
hen wird und ihre volksfeindlichen Pläne elend zunichte
werden.

Der Kampf gegen den Hansabund ist von den Schar-
fmaiern nunmehr auf eine sehr einfache Formel gebracht wor-
den. In einem Rundschreiben, das die Rheinisch-Westfälische
Gewerkschaft zum Schutze und zur Förderung der Interessen
des Kleinhandels, Gewerbe und Industrie — wie sich kurz und bündig
aus den Wörtchen nehmen — verfaßt hat, wird darauf hin-
gewiesen, daß der Hansabund eigentlich als Vertretung des
Kleinhandels angesehen werden müsse. Die Industrie bedarf
aber des Schutzzollens, denn nur dadurch sei es ihr möglich ge-
wesen, die nötigen Aufwendungen für die soziale Arbeit zu
machen und den Arbeitern und Beamten Lohnverhöhungen
zu gewähren. Die Leitung des Hansabundes hat bekanntlich
klargestellt, daß die Ursache des Ausschleuderns der Vertreter der
Schwerindustrie nur darin zu suchen sei, daß die Schwer-
industrie gemeinsam mit den Agrariern den Kampf um höhere
Zölle führen wolle. Der Zentralverband Deutscher In-
dustriellen bedient sich der Schwärzblauen Wirtschafts-
sprechung, um seine Anschauungen in die Presse zu lancieren.
Durch die genannte Korrespondenz gehen den Zeitungen näm-
lich Artikel zu, die mit der Bemerkung versehen sind: „Zum
kostenlosen Abdruck für die Presse ohne Quellenangabe.“ Der
Urheber dieser Artikel ist niemand anders als der sattem be-
kannte Alexander Tille, der noch bis vor kurzer Zeit Geschäfts-
führer des Hansabundes für das Saargebiet gewesen ist. Die
Scharfmaier behaupten, daß die Zahl der Mitglieder, die dem
Hansabund den Rücken gekehrt haben, weit höher sei, als in
der Öffentlichkeit angegeben werde. Die führende Presse des
Zentrums steht in diesem Kampfe auf Seite der Scharfmaier.
So verdienstlich die Rheinische Volkszeitung eine Zuschrift, in
der herabgehoben wird:

„Wenn der Verlust, den der Hansabund durch den Austritt des
Zentralverbands erleidet, auch zunächst numerisch keine so große Rolle
spielt, so bedeutet er aber in bezug auf die Einbuße, die dieser an
Einfluß und materieller Leistungsfähigkeit erleidet, eine vollständige
Niederlage für den Bund.“

Diesem möchte es vor allem darum zu tun sein, den Einfluß und
die sekundären Hilfsmittel der Großindustrie, von denen einzelne
Herren ja viele Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigen
und dem Hansabund nach mehr Tausende von Mark jährlich zur Ver-
fügung stellen können, auf seiner Seite zu haben. Der Hansabund war
auch in bezug auf Heranziehung seiner Mitglieder zu finanziellen
Leistungen fruchtlos geblieben, hatte er doch vor etwa acht Monaten
das Ansehen gestiftet, jedes Mitglied, das der Industrie angehört,
sollte für die Jahre 1910 und 1911 von je 1000 M. gezahlten Eddnen
und Gehältern 1 M. jährlich zur Bundeskasse einbringen. Das hätte
eine jährliche Einnahme von etwa 12 Millionen Mark ergeben, für
die beiden Jahre 1910 und 1911 zusammen etwa 24 Millionen Mark;
jedemfalls ein schöner Wahlfonds für die nächsten Reichstagswahlen.
Es hätten dann für jeden Wahlkreis etwa 60 000 M. zur Verfügung
gestanden.“

Mit großer Genugtuung wird dann in der Zuschrift her-
vorgehoben, daß es die Industrie mit dem Bezahlen nicht so
eilig hat, denn eine Firma zum Beispiel, die auf Grund der
Hansabund-Tage für die Jahre 1910 und 1911 rund 10 000 M.
hat besteuern sollen, habe statt dessen nur 500 M. bezahlt,
wahrscheinlich deshalb, weil man dem Hansabund bereits nicht
mehr recht traute.

Es ist ganz natürlich, wenn in diesem Kampfe Dinge zum
Vorschein kommen, von denen die Öffentlichkeit bisher keine
Kenntnis hatte. Aus den genannten Summen läßt sich aber
schließen, wie ungeheures Kampfe wir bei den kommenden
Wahlen entgegengehen. Wenn auch die Mittel des Hans-
abundes nicht so groß sein sollten, als wie sie oben angegeben
worden sind, so spielt im Wahlkampfe doch auch der Wahlfonds
der „Julius-Türmer“, der sicher nicht gering ist, eine ganz be-
deutende Rolle. Was bisher durch schwebige Verleumdungen und
Verleumdungen aller Art nicht möglich war, die Sozialdemo-
kratie in ihrer Stimmengahl zurückdrängen, das soll an-
scheinend jetzt durch die Macht des „rollenden Talers“ be-
reicht werden.

Gewatter Schneider und Handschuhmacher.

Die die Scharfmaier als das einschüßliche, was außer-
halb ihrer Reihen steht, das bedrückt die Rheinisch-Westfälische
Zeitung, die in einer Polemik gegen den Hansabund sich zu
den Sagen verlegt:

Herr Geheimrat Kießer, der Kampfbildner, ist mit dem Stad-
seiner Angehörigen von Knoblauch bis Neumann selbst ins rheinische
und westfälische Industriegebiet gerückt, um den Abgesandten mit
„Anschlüssen“ von Volksversammlungen — gänzlich unqualifizier-
baren Anhängern, die fremdsprachliche Parteiliche feilbietender Ver-
tragsverhandlungen zusammenkommen — zu imponieren und das restliche
Hauslein zerlegender Gewatter, Schneider und Handschuhmacher
um die „Stogelste“ hahn zu sammeln.“

Für die Leute vom Zentralverband beginnt allem An-
schein nach der Mensch, der Beachtung verdient, erst beim Kom-
merzienrat. Diese Auslassungen sollten sich die Mittelständler
merken, falls die Scharfmaier wieder um ihre Stimmen
buhlen.

Der Zentrumshankeat.

Von unserem Berliner Mitarbeiter wird uns zu der von
uns bereits gestern behandelten Ausstellung des Herrn Dr.
Friedrich in Düsseldorf geschrieben:

Die Düsseldorf Reichstagswahl vom 19. Septem-
ber wird das politische Bilderbuch des deutschen Reiches um
ein anmutiges Blatt bereichern. Es präsentiert sich da nämlich
als Zentrum, oder richtiger, als zentrumsliberaler Samm-
landidat Herr Dr. Johannes Friedrich, Vorstand des Reichs-
Zentrums und, wie behauptet wird, Mitglied des Hansabundes!
Die Werbung, daß das Zentrum einen Hansabundler als
Reichstagskandidaten aufstellt, ist dießmal nur ein Witz, die
politischen Papiere des Dr. Friedrich hat niemand gesehen, zu-
mal sich der Mann fern von allem politischen Getriebe auf

seinen Beruf als Volksvertreter vorbereitet hat. Aber warum
soll das Zentrum keinen Hansabundler als Reichstagskandidaten
aufstellen? Zwar ist der Hansabund gegründet worden zum
Kampfe gegen die schwarzblaue Reichsfinanzreform, die Zen-
trumpresse hat wie ein Rohrspieß über ihn geschimpft und
setzt jetzt mit Jubelgeschreien die Sprengversuche der Scharf-
maier. Prinzipien sind jedoch für das Zentrum noch nie ein
Hindernis gewesen, Wandratsfolge zu erringen. Es gibt
mindestens neuhundertneunundneunzig Methoden, die Wähler
hinter sich zu führen, und von ihnen allen hat das Zentrum
bisher noch keine verschmäht. Wenn z. B. ein Herzog von
Kreuzberg sich mit Freibier und Gratiswürstchen bei seinen
Wähleruntertanen als Parlamentarier legitimieren kann,
warum soll nicht ein typischer Vertreter des Großkapitals dazu
berufen sein, die deutsche Politik mit christlichem Geiste zu
erfüllen?

Die Hansabundkandidatur des Zentrums in Düsseldorf ist
auf den nationalliberalen Stimmengang berechnet. Auf die
eigenen Wähler glaubt man keine Rücksicht nehmen zu müssen.
So pflegt ja auch der selbige Herr von Bienen, Lueger, von seinen
blinden Anhängern stolz zu sagen, wenn er es so anordne,
dann wählen sie auch „Parteiesside“ in den österreichischen
Reichsrat. Das haben sie eine Zeitlang auch geteuerlich getan,
als aber vor wenigen Wochen die große Abrechnung kam, fielen
die scheinheiligen Parteiesside um und blieben als tote
Körper auf der Wahlstatt. Der 19. September wird zeigen, ob
nicht auch am Rhein wie an der Donau die Zeit der Partei-
esside vorüber ist.

Nicht minder interessant als die Haltung der blinden
Zentrumsanhänger wird auch das Verhalten der Liberalen
sein. Werden sie wirklich auf die schwarzblaue Reimspindel
triefen? Allem Anschein nach ist die ultramontane Hans-
abundkandidatur nicht nur mit Rücksicht auf nationalliberale
Kreise aufgestellt worden, sondern sogar nach erfolgter Wahl-
zunahme mit ihnen. Schon der Beschluß der liberalen Ver-
sammlung, keine Kandidatur aufzustellen, erschütterte ja die
festen Einblicke in die nationalliberale Mannessee. Unter
feinlicher Felleit hat einst Herr Wassermann im Kreise
seiner Getreuen die nette Geschichte von dem nationalliberalen
Reichstagsabgeordneten erzählt, der sich der schwierigen Ab-
stimmungen krank meldete und richtig ins Bett legte. Dieses
große Mann, dessen Name leider nicht genannt wurde, war
der Pfadfinder und Bahndreher der neuen nationalliberalen
Politik, die jetzt in Düsseldorf betätigt wird. Um der schwe-
rigen Entscheidung zwischen Schwarz und Rot zu entgehen,
hat sich auch der Düsseldorf Liberalismus krank gemeldet und
ins Bett gelegt.

Durch die Auffstellung einer bürgerlich-demokratischen
Kandidatur, die soeben gemeldet wird, wird die Lage noch
weiter kompliziert. Die führerlosen, blinder liberalen Wähler
werden zwischen einem Kandidaten des schwarzblauen Blocks,
der zugleich Hansabundler ist, und einem Mitglied der Demo-
kratischen Vereinigung zu entscheiden haben, das im Falle einer
schwarzroten Stichwahl die Parole für Rot ausgeben wird.
Was nun in solcher Verwirrung? Vermutlich wird sich so
mancher liberale Wähler der Qual dieser Wahl entziehen, in-
dem er gleich im ersten Wahlgange sozialdemokratisch
wählen wird.

Das zu Wasser gewordene Versicherungs- monopol.

Was Rom wird uns unterm 12. Juli geschrieben:
14. Nach wochenlangen parlamentarischen Kämpfen ist das Ver-
sicherungsmonopol von der Regierung nicht direkt aufgegeben,
so doch unter Bedingungen zerlegt worden, die eine vollständige
Umgestaltung des Entwurfs schließen lassen. Das Ministerium hat
sich bereit erklärt, Amendements des Entwurfs anzunehmen, die aus
dem ursprünglich geplanten Staatsmonopol eine Art Barko-
einrichtung machen, die gar kein Monopol mehr ist. Anstatt den Ab-
schluß von Lebensversicherungsverträgen überhaupt ausschließlich dem
Staat vorbehalten, werden den Zusatzanträgen zufolge nur die Verträge
bis zu 15 000 Mire Staatsmonopol, während für die höheren
Summen die Konkurrenz der Privatgesellschaften erhalten bleibt.
Nebenbei wird den Gesellschaften, die beim Inkrafttreten des Ent-
wurfs ihr Anlagekapital noch nicht amortisiert haben — was übrigens
ein recht unklarer Begriff ist —, das Recht vorbehalten, für die Dauer
weiterer sechs Jahre in unbeschränkter Weise Versicherungen zu über-
nehmen. Es liegt auf der Hand, daß das Gesetz durch diese Um-
gestaltung der geplanten Landesversicherungsanstalt die aller-
ungünstigsten Bedingungen schafft. Sie hat sechs Jahre hindurch die
Konkurrenz von Gesellschaften auszuhalten, die alles Interesse daran
haben, in diesem Zeitraum die finanzielle Lebensfähigkeit des
Staatsmonopols zu beweisen. Man kann sich also denken, daß das
italienische und mehr noch das internationale Versicherungskapital
alles aufbieten werden, um in diesen sechs Jahren, auch wenn die
Rechtsgesellschaften dabei zusehen müßten, dem Staatsmonopol eine
übliche Konkurrenz zu machen.

Durch diese Amendements verflümmelt wird der Monopol-
entwurf im Verhät von der italienischen Kammer beraten werden. In
erster Lesung ist der Entwurf mit 208 gegen 118 Stimmen angenommen
worden. Das Ministerium hat sich mit dieser Annahme nicht begnügt,
und in dieser Angelegenheit ein Vertrauensvotum gefordert.